

6-Punkte-Programm für Liechtenstein

Ergebnisse der Sommer-Workshops 2010 der FBP

Halbjährlich treffen sich die Mitglieder des FBP-Parteipräsidiums sowie der FBP-Landtagsfraktion zu Workshops, um die politischen Schwerpunkte für die folgende Jahreshälfte zu erarbeiten und als 6-Punkte-Programm festzuhalten. Dabei bauen wir jeweils auf den vorangegangenen Dokumenten auf und ersetzen erfüllte Programmpunkte durch neue Themen.

Das vorliegende 6-Punkte-Programm ist das Ergebnis der Workshops von August 2010. Grundlage bildet auch für dieses 6-Punkte-Programm das Parteiprogramm der Fortschrittlichen Bürgerpartei, welches vom Parteitag anlässlich der Landtagswahlen 2009 genehmigt wurde.

1. Personenfreizügigkeit

Wir unterstützen Massnahmen, welche einem qualitativ gutem Wirtschaftswachstum und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen dienlich sind. Liechtenstein war in den letzten Jahrzehnten immer auf die Unterstützung von Ausländerinnen und Ausländern angewiesen. Dies wird auch in Zukunft so sein, weshalb wir eine grosszügigere Regelung für den Zuzug von gut ausgebildeten Ausländerinnen und Ausländern unterstützen.

Für diese soll die Attraktivität gesteigert werden, in Liechtenstein ein Unternehmen zu gründen bzw. aufzubauen oder sich an bestehenden Unternehmen zu beteiligen. Die Tätigkeiten solcher Unternehmen sollten das Potential haben, eine hohe Wertschöpfung pro Kopf und Quadratmeter zu erzielen und ökologisch vertretbar sein. Der Platz- und Raumbedarf, welcher ein solches Unternehmen benötigt, muss jedoch mit den in Liechtenstein vorhandenen Grundstück- und Bodenressourcen vereinbar sein.

Die seit dem Regierungswechsel eingetretene verschärfte Verwaltungspraxis im Bereich der Kurzaufenthaltsbewilligungen verschlechtert die Situation einheimischer Betriebe zusätzlich, weshalb wir bei diesem Punkt die Rückkehr zur pragmatischen und wirtschaftsfreundlichen Vorgehensweise früherer Jahre fordern.

Zudem brauchen wir Perspektiven für den Finanzplatz Liechtenstein. Wie sollen in Zukunft attraktive steuerkonforme Lösungen für bestehende Kunden in Aussicht gestellt werden, wenn die Lösung der Wohnsitzfrage für Fachkräfte im Inland nicht aktiv angegangen wird?

2. Wirtschaftsstandort

Die Gründung von Unternehmen muss vereinfacht und zeitlich beschleunigt werden. Diesbezüglich gilt es einen gezielten Bürokratieabbau einzuleiten und umzusetzen. Des Weiteren erwarten wir von der Regierung, dass sie aktive Massnahmen ergreift, damit sich die Anzahl an wertschöpfungsintensiven Betriebsansiedelungen in Liechtenstein erhöht. Interessenten sind hierbei während des gesamten Prozesses umfassend zu begleiten.

Die FBP fordert, dass dem Amt für Volkswirtschaft die Aufgabe übertragen wird, sich um die Ansiedlung neuer Betriebe zu bemühen, diese zu begleiten und beim administrativen Aufwand zu unterstützen. Weil andere Regionen und Länder bereits seit Jahren und Jahrzehnten über solche Angebote verfügen, hat Liechtenstein diesbezüglich einen Standortnachteil, den es zu beseitigen gilt.

Weltweit tätige Liechtensteiner Unternehmen sollen auch im Ausland auf die Unterstützung unseres Landes zählen können. Aus diesem Grunde soll die Regierung den weiteren Aufbau eines Honorarkonsularwesens in Ländern mit grossem Potential an Wirtschaftswachstum und an für unsere Industriebetriebe wichtigen Standorten prüfen.

3. Gesundheitspolitik

In den bisherigen 6-Punkte-Programmen stand die Gesundheitspolitik immer mit im Fokus. An den bisherigen Positionen zur Gesundheitspolitik halten wir grundsätzlich fest. Aus der Behandlung des Gesundheitsberichtes im Landtag resultierte die Ankündigung eines Massnahmenkataloges, welcher dem Landtag im Herbst 2010 vorgelegt werden soll.

Die FBP erwartet sich mit diesem Massnahmenkatalog zudem Antworten zu einer langfristigen Strategie bezüglich Transparenz, Mengenausweitung und Kostenentwicklung im Gesundheitswesen – dies vor allem auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung. Wir werden den Massnahmenkatalog einer genauen Prüfung unterziehen und aktiv an einer guten Entwicklung mitwirken.

Am Grundsatz, dass auch auf Seiten der Leistungserbringer konkrete Beiträge an die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems geleistet werden müssen, halten wir fest.

4. Siedlungsentwicklung

Die Raum- und Siedlungspolitik stellt unter anderem die Verbesserung der Lebensqualität in den Mittelpunkt. Einen Teil davon betrifft die Ortskerngestaltung. Attraktive Ortszentren erhöhen die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Wohnort und damit einhergehend die gesellschaftlichen und sozialen Kontakte. Die FBP anerkennt den Wunsch der Einwohnerinnen und Einwohner von Nendeln und Schaanwald, ebenfalls ein attraktives, vom Verkehr möglichst unbelastetes Dorfzentrum zu erhalten, welches für die Intensivierung des Vereinslebens sowie der sozialen Kontakte der Bevölkerung untereinander geeignet ist.

Die Gemeinde Mauren wird in Kürze das Zuschg-Gebäude in Schaanwald eröffnen. Damit hat die Gemeinde ihren Teil zur Zentrumsgestaltung Schaanwald abgeschlossen. Die zweite Phase, die Verlegung der Vorarlberger-Strasse Höhe Zuschg-Gebäude zur Eisenbahnlinie, ist Aufgabe des Landes und bereits im 5-jährigen Strassenbauprogramm erwähnt. Die Realisierung soll bis 2015 erfolgen. Die FBP fordert von der Regierung, dieses Projekt schneller umzusetzen, damit die Bevölkerung von Schaanwald so rasch als möglich das neue Dorfzentrum erhält und nicht noch mehrere Jahre auf die Fertigstellung der Zentrumsentlastung warten muss. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass durch diese

Zentrumsgestaltung, mit welcher nur ein Quartier vom Durchgangsverkehr entlastet wird, nicht dazu führt, dass die Verkehrsbelastung der gesamten Ortschaft zurückgestellt wird.

Darüber hinaus fordert die FBP von der Regierung, das Projekt „Vision Nendeln 2022“, welches im Juni 2010 von der Gemeinde vorgestellt wurde, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde einer raschen Umsetzung zuzuführen und bevorzugt zu behandeln. Auch beim Projekt „Vision Nendeln 2022“ soll der Weiler ein belebtes Zentrum erhalten und vom Durchgangsverkehr entlastet werden.

5. Häusliche Betreuung und Pflege

Mit der Einführung des Betreuungs- und Pflegegeldes wurde die Pflege und Betreuung in der gewohnten häuslichen Umgebung aufgewertet und eine Alternative zur stationären Pflege geschaffen. Dies gehört mit zu den zentralen Anliegen der FBP innerhalb der Alterspolitik.

Der Fachstelle für häusliche Betreuung und Pflege obliegt gemäss Gesetz und Verordnung die Aufgabe, den jeweiligen Grad der Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit vor Ort abzuklären und die Leistungsstufe zu definieren. Die Auszahlung des Betreuungs- und Pflegegeldes erfolgt durch die AHV/IV/FAK-Anstalten. Wir haben uns versichern lassen, dass sowohl Abklärung und Auszahlung professionell und prompt erfolgen.

Allerdings stört die Tatsache, dass zwischen Pflegebedürftigen und den zu betreuenden Personen ein entlohntes Arbeitsverhältnis entsteht, welches die zu pflegende Person in die Rolle des Arbeitgebers mit allen Pflichten rückt. Hier scheint Handlungsbedarf gegeben, da dies die Möglichkeiten des Pflegebedürftigen oft weit übersteigen und überfordern.

Ebenfalls eine Schwierigkeit ist das Finden von Pflegepersonal. Es ist ein offenes Geheimnis, dass hier Angehörige oft vor grossen Schwierigkeiten stehen. Dadurch entsteht das Problem von illegalen Aufenthalten von Pflegekräften.

In dieser wichtigen Thematik setzt sich die FBP ein für eine bessere Lösung betreffend die Abrechnung von Betreuungs- und Pflegegeldern sowie die Nettoauszahlung von Nettobeträgen, welche die Pflegenden von der Rolle des Arbeitgebers befreit oder wenigstens entlastet. Zudem fordern wir die Schaffung eines Pools für Betreuungs- und Pflegepersonal, da wir der Überzeugung sind, dass dadurch auch in Liechtenstein wohnhafte Personen solche Aufgaben übernehmen würden. Dies setzt aber zudem eine Regelung betreffend die Entlohnung für Pflegekräfte voraus. Da aber alleine mit in Liechtenstein wohnhaften Personen der Bedarf an Betreuungs- und Pflegepersonal nur schwer zu decken ist, appellieren wir für einen befristeten ausländerrechtlichen Sonderstatus für Personen aus dem Ausland, die solche Aufgaben übernehmen können.

6. Regierungskommunikation

Das Liechtensteinbild im Ausland entspricht nicht unserem Eigenbild. Halbwahrheiten, Unwahrheiten und verdrehte Sachverhalte geistern wöchentlich durch deutsche, österreichische und schweizerische Medien. Diese Umstände sind für Liechtenstein nichts

Neues. Bereits im Jahr 2001, während der ersten Finanzplatzkrise, wurde das Land im Ausland mit kriminellen Machenschaften in Verbindung gebracht. Aus diesem Grund wurde damals die Kommunikation nach aussen deutlich verstärkt und entsprechende Kommunikationsstrukturen im Regierungsumfeld aufgebaut. Ziel war es: "die Werte und Qualitäten, die Liechtensteins Besonderheit ausmachen, symbolisch durch ein eindeutig wieder erkennbares Erscheinungsbild zusammenzufassen und nach aussen zu tragen". (vgl. www.marke.li) Hierfür verantwortlich war unter anderem die Stiftung Image Liechtenstein, welche gemäss einer Interpellationsbeantwortung der Regierung aufgelöst werden soll, ohne dass bis heute eine Alternative vorhanden ist, welche die Aufgabe hat, unser Land im Ausland zu präsentieren bzw. durch gezielte Massnahmen die Liechtensteindarstellung im Ausland zu verbessern.

Des Weiteren stellen wir fest, dass eine sogenannte Krisenkommunikation derzeit nicht existent ist. Die offizielle Seite der Regierung hat zu den in der internationalen Presse geäusserten Vorwürfen gegen unser Land in den vergangenen Wochen jedenfalls nichts verlauten lassen.

Aus diesem Grund erwarten wir, dass ein Kommunikationskonzept und eine Strategie vorgelegt werden, wie Liechtenstein den derzeitigen Reputationsschaden beheben will. Wir lehnen es ab, dass hunderttausende von Franken an ausländische Lobbying-Firmen bzw. Agenturen gezahlt werden, ohne dass vorgängig definiert wurde, wie wir unser Land überhaupt darstellen wollen. Eine solide Regierungskommunikation setzt zudem voraus, dass auch die Kommunikationsstrukturen bereinigt werden und nicht mehr mehrere Stellen für die staatliche Kommunikation zuständig sind, sondern Synergien genutzt werden und damit langfristig Kosten gespart werden und die Arbeit professionalisiert wird. Wir fordern den Regierungschef deshalb auf, die Kommunikationsstrukturen zu bereinigen und sie damit effizienter zu machen. Mit der Umbenennung von Stellen alleine ist es nicht getan.

Vaduz, im September 2010